

Ergebnis
an allen Verkäufen.

Bezugspreis monatl. Bloß
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Bloß.
in deutscher Währg. 5 R.M.

Berufssprecher 6105, 6275.
Tel.-Ahr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Worte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitszelle (28 mm breit) 45 Gr

für die Millimeterzeile im Anzeigen Teil 15 Groschen

Reklameteil 45 Groschen.

Sonderfall 50% mehr. Reklamepetitszelle (90 mm breit) 135 gr

Die Rechtsvertretung deutscher Staatsangehöriger vor polnischen Gerichten.

Von Pastor Bisch-Posen.

Allzulange ruhte der Rechtsverkehr zwischen Polen und Deutschland, d. h. das Weitanderarbeiten der Gerichte beider Staaten im Interesse ihrer Bürger, auf der schwankenden Grundlage vorübergehender Regelung von Einzelangelegenheiten durch einstweilige Verordnungen der beiderseitigen Ministerien. Jetzt endlich haben der polnische und der deutsche Staat miteinander den langentbehrten polnisch-deutschen Vertrag über den Rechtsverkehr abgeschlossen. Derselbe wurde polnischerseits im November 1924 ratifiziert und tritt zwei Monate nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

In der folgenden Besprechung dieses Vertrages sollen diejenigen Momente herausgehoben werden, die für weitere Kreise von Bedeutung sind und nicht nur verkehrstechnische Fragen betreffen, welche allein für die Behörden Interesse haben. Unsere Besprechung soll der Einfachheit halber die Stellung deutscher Staatsangehöriger und ihre Rechte gegenüber polnischen Gerichten, wie sie sich auf Grund dieser Verträge darstellen, beleuchten, wobei von vornherein bemerk't sei, daß das Gleiche immer auch umgekehrt für die Stellung und die Rechte polnischer Staatsangehöriger gegenüber deutschen Gerichten gilt.

Kapitel I des genannten Staatsvertrages behandelt im Artikel I-VIII den

Rechtsschutz in Zivilsachen.

Nach den hierin getroffenen Bestimmungen hat jeder deutsche Staatsbürger in Polen für seine Person und sein Eigentum bei den polnischen Gerichten denselben Rechtsschutz wie die polnischen Staatsbürger. Er hat freien, durch nichts gehinderten Zugriff zu den polnischen Gerichten und kann vor denselben unter den gleichen Bedingungen auftreten wie jeder polnische Staatsbürger.

Dabei wird ausdrücklich bestimmt, daß von dem deutschen Staatsbürger, der vor einem polnischen Gericht als Kläger oder Bevollmächtigter (Interventen) auftritt, deshalb, weil er Ausländer ist, oder weil er in Polen keinen Wohnsitz oder keinen Aufenthaltsort hat, keine Hinterlegung eines Geldbetrages als Sicherheitsleistung oder Vorwurf zu den Gerichtskosten oder dergl. unter irgend einem Namen verlangt werden darf.

Natürlich können aber jedem deutschen Staatsbürger ebenso wie den polnischen Staatsbürgern durch die Entscheidung des Gerichtes die Kosten des Gerichtsverfahrens auferlegt werden. In diesem Falle wird die von dem polnischen Gericht getroffene Entscheidung über die Auflösung der Gerichtskosten auch von den Behörden des deutschen Staates als vollstreckbar anerkannt, und es wird die Zwangsvollstreckung durch das deutsche Gericht bewirkt, falls der Betreffende etwa inzwischen nach Deutschland verzogen ist. — Wegen der Zwangsvollstreckung hinsichtlich der festgesetzten Gerichtskosten kann Berufung eingelegt werden, und zwar hat dies nach der Gesetzgebung dessenigen Staates zu geschehen, in dessen Gebiet die Zwangsvollstreckung erfolgt. Es ist jedoch hierfür beachtenswert, daß dabei lediglich die Frage der formalen Rechtsgültigkeit der von dem Gericht getroffenen Entscheidung einer Nachprüfung unterzogen wird.

Von sehr großer Bedeutung ist die Frage nach der Bewilligung des Armenrechts. In dieser Beziehung war wenigstens im Interesse des Unterhalts anherheiter Kinder, deren Väter ausgewandert waren, die gerichtliche Erfassung solcher Väter dadurch ermöglicht worden, daß infolge von Verhandlungen, die der Evangel. Erziehungsverein in Polen mit dem deutschen und dem polnischen Justizministerium geführt hat, im Wege von einstweiligen Verordnungen beider Ministerien erreicht worden ist, daß seit zwei Jahren deutsche Vormünder vor polnischen Gerichten und polnische Vormünder vor deutschen Gerichten für ihre Mündel bei Alimentenklagen das Armenrecht erhalten. Jetzt ist nun die Frage der Bewilligung des Armenrechts allgemein und grundsätzlich geregelt worden. Jeder deutsche Staatsbürger bekommt nach Artikel 5-7 des Vertrages vor polnischen Gerichten das Armenrecht unter denselben Voraussetzungen zugesagt wie die polnischen Staatsbürger. Das hierfür vorzulegende Armutzeugnis muß von den Behörden des gewöhnlichen Aufenthaltsorts des Antragstellers ausgestellt sein; falls ein solcher gewöhnlicher Aufenthaltsort nicht da ist, von den Behörden des vorläufigen Aufenthaltsortes. Dieser Aufenthaltsort des deutschen Staatsbürgers kann natürlich auch in Polen liegen. Die zur Ausstellung des Armutzeugnisses herzuführende polnische Ortsbehörde darf aber bei den Heimatbehörden des Antragstellers in Deutschland Auskünfte über dessen Vermögensverhältnisse einholen. Ferner ist das Gericht, welches auf Grund eines vorgelegten Armutzeugnisses die Entscheidung über die Bewilligung des Armenrechts zu treffen hat, berechtigt, die Zeugnisse, die zur Begründung des Antrages auf Bewilligung des Armenrechts vorgelegt wurden,

Herr Grabski wird nervös.

Er droht mit der Vertrauensfrage. — Die Rechtsparteien ärgern Herrn Grabski. — Ein peinlicher Beschluss. — Mehr Kaltblütigkeit notwendig. — Ein Erfolg des deutschen Abgeordneten Uta.

Der Kucharskiprozess.

(Wrocław Sonderbericht des "Pos. Tagebl.")

Man kann es wohl begreifen: Wenn ein Minister in Polen ein ganzes Jahr lang Finanzierung macht, wenn er außerdem sich dazu noch eine Unmenge von Vorwürfen machen lassen muß, von denen die einen berechtigt sind, andere aber sicher nicht, dann hat er alle Ursache, nervös zu werden. Für einen Minister ist dies aber nicht gerade eine besonders schätzenswerte Eigenschaft. Und so erregte es Eriauenen, daß Herr Grabski plötzlich gekommen ist, ausgerechnet in der Budgetkommission mit der Stellung der Vertrauensfrage drohte. Es ist ein ziemlich ungewöhnlicher Vorgang, eine Kommission zur Schaffung einer so schwerwiegenden Lage zu benennen. Zur solche Schritte eines einschneidiger Bedeutung ist das Plenum des Sejm in der richtigen Ort, nicht aber die lediglich beruhende, nicht entscheidende Kommission. Die merkwürdige Affäre spielt sich bisher folgendermaßen ab: Herr Grabski ist der erste Antragsteller, dem es gelang, das Budget für das kommende Jahr zur rechten Zeit vorzulegen. Zur Beratung standen bis zum Beginn der Weihnachtsferien eigentlich nicht mehr wie zwei Monate zur Verfügung, und diese kurze Zeit wurde schon allein durch die Notwendigkeit in Anspruch genommen, das Nachtragsbudget für 1924 durchzubringen. Wir kommen also genau in die gleiche Lage wie in den vorigen Jahren, nämlich, daß der Minister zunächst einmal einen Kredit für die Dauer eines Quartals fordern will. Dem entsprach auch der Berichtsteller der Kommission, Grabski, der beantragte, einen Kredit in der Höhe von etwa 450 Millionen Röhr zu bewilligen, der sogar erhöht werden soll, im Falle, daß für die Beamten höhere Gehälter gezahlt werden müssen. Nun stellte der Abgeordnete Jarosławski vom Christlichen Volksverband den Antrag, dem Minister nur einen Kredit für die Dauer eines Monats zu bewilligen. Nun geschah das Interessante, daß fast alle Klubs der Rechten diesem für Herrn Grabski doch gewiß recht schikanierenden Antrag ihre Stimme gaben.

Allerdings haben hierbei einzelne Abgeordnete sich ihren eigenen Klubs nicht angegeschlossen. Das Resultat aber war, daß mit 17 gegen 9 Stimmen dieser so peinliche Antrag angenommen wurde. Eine eigentliche Bedeutung hat er nicht. Denn wenn bis zu Ende Januar wirklich das Budget noch nicht durchberaten sein sollte, so ist es klar, daß weitere Summen bewilligt werden müssen. Der anwesende Ministerialdirektor Bätz glaubte auch ganz ruhig im Namen seines Chefs erklären zu können, daß diese Abstimmung nur eine formelle Bedeutung habe, und daß die Regierung ihr keine weiteren Folgen geben werde. Aber zur allgemeinen Überroschierung erschien dann später Herr Grabski selbst in der Kommission, als gerade der Posten für Sejm und Senat beraten wurde. Er erklärte, die Überzeugung zu haben, daß nur Beweise, rein politischer Natur, dazu geführt hätten, den Kredit für drei Monate in einen solchen von einem Monat zu beschränken. Er müsse also die Folgendes daransiezen, denn man habe es hier mit einem gegen seine Person gerichteten politischen

Mansöver zu tun. Der Antrag bedeute ein Misstrauen gegen die Regierung, die des ganz besonderen Vertrauens im Kampfe mit der Tentering und den Kreislichkeiten bedürfe. Die Regierung wolle sich schließlich mit einem Provisorium von 2 Monaten begnügen — Herr Grabski läßt, wie man sieht, mit sich handeln —, bewillige man ihr das nicht, so werde er die Vertrauensfrage stellen.

Nun ist es gewiß recht interessant, zu sehen, wie die sogenannten "patriotischen" Parteien jede Gelegenheit benutzen, um Herrn Grabski ein Einsehen zu lassen oder ihn doch wenigstens zu ärgern, was zur Zeit der jüngsten schweren Krise doch ein ziemlich gewagtes Unternehmen für eine politische Partei ist. Herr Grabski aber seinerseits sollte so viel Kaltblütigkeit beibehalten, über solche Dinge die Nerven nicht zu verlieren und mit der Stellung der Vertrauensfrage doch für wichtige Gelegenheiten zu erhalten, zumal sein unbefangener Untergewesener die Sache richtiger als nur formal Natur bezeichnet.

Die endgültige Abstimmung über den von Grabski geforderten Zweimonatskredit erfolgt morgen.

Ein Erfolg eines deutschen Abgeordneten.

Bei spätestens 31. Januar 1925 sollten sich alle staatlichen Lehrer einem Examen in der polnischen Sprache unterwerfen, von dem es abhängt, ob sie weiter in ihren Stellungen verbleiben könnten. Selbstverständlich sind hierbei in allererster Linie auch die Lehrer an den deutschen Schulen der Gefahr ausgesetzt, nicht zeitig genug sich der polnischen Sprache daran gewöhnt zu haben, daß sie einem Examen in polnischer Sprache gewachsen sind. Aber auch zahlreiche polnische Lehrer, die in Deutschland oder Russland ihre Ausbildung genossen hatten, droht die gleiche Gefahr. Der Abgeordnete Uta stellte daher den Antrag, den Termin der Prüfung auf drei Jahre hinauszuschieben. Dieser Antrag fand zwar keine Zustimmung, dagegen wurde beschlossen, die Prüfung bis zum 31. August 1927 zu versetzen. Die Abgeordneten der Rechten hatten sich der Abstimmung enthalten.

Die Kucharski-Auseinandersetzung.

nahm den ganzen Nachmittag der Sejmssitzung in Anspruch. Der Vizemarschall und Sozialist Moraczewski hielt eine zweistündige Rede, in der er alle die Vorwürfe wiederholte, die schon so oft in der Öffentlichkeit mitgeteilt worden sind und die das eigentlich Verhalten des Herrn Kucharski in seiner Eigenschaft als Finanzminister gegenüber der Gesellschaft "Sprawiedliwość" und deren Schulden gegenüber dem Staat hervorriefen.

Die Verteidigung übernahm zunächst einmal der Nationaldemokrat Dobrogański, der eine Rede hielt, die ebenfalls mehrere Stunden dauerte. Es sind übrigens noch fünf Redner eingetragen, so daß auch der morgige Tag von der Affäre Kucharski beschlagnahmt werden wird.

Kapitel III behandelt

die Beglaubigung von Urkunden.

Urkunden, die von einem deutschen Landgericht oder einem höheren Gericht oder von einer höheren deutschen Verwaltungsbehörde ausgesetzt oder beglaubigt sind, bedürfen hinsichtlich ihrer Anwendung in Polen keiner weiteren Beglaubigung. Urkunden, die nur von einem deutschen Amtsgericht, Gerichtsvollzieher, einer Hypothekenabteilung, einem Depositenamt oder einem deutschen Notar ausgesetzt oder beglaubigt sind, bedürfen zu ihrer Anwendung in Polen hinsichtlich nur der Beglaubigung durch den Präsidenten des zuständigen deutschen Landgerichts. Bekanntlich bedurfte bisher eine deutsche notarielle Urkunde zu ihrer Rechtswirksamkeit in Polen einer vierfachen Beglaubigung, nämlich

- 1) durch das zuständige Landgericht,
- 2) durch das zuständige Oberlandesgericht,
- 3) durch das Auswärtige Amt,
- 4) durch das polnische Generalkonsulat,

so daß die durch den polnisch-deutschen Vertrag in dieser Beziehung geschaffene Erleichterung mit Freuden zu begrüßen ist.

Kapitel IV regelt die Beschaffung von

Auszügen aus den Zivilstandsregistern.

Auszüge aus den Zivilstandsregistern — Geburtsurkunden — Eheschließungs- und Sterbeurkunden — sind von den polnischen Registerbehörden an deutsche Behörden oder an Privatpersonen deutscher Staatsangehörigkeit auf der Antrag auszufertigen. Im behördlichen Verkehr werden für derartige Auszüge keine Gebühren erhoben, wenn der Antrag klar im amtlichen Interesse gestellt ist. Privatpersonen deutscher Staatsangehörigkeit richten ihren Antrag unmittelbar an die polnische Registerbehörde (Standesamt). Für die Erledigung des Antrags werden von deutschen Staatsbürgern keine höheren Gebühren erhoben wie von polnischen Staatsbürgern. Bei Vorlegung eines Armutzeugnisses werden keine Gebühren erhoben.



Verholt dem Recht zur Geltung!

Interpellation

des Abg. Graeve von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneter an den Herrn Justizminister wegen Verhältnis von Prozessen.

Die polnische öffentliche Meinung, soweit sie durch den Westmarkenverein und seine treibenden Faktoren gemacht wird, benutzt jede sich bietende Gelegenheit, um gegen die deutsche Minderheit Anklagen wegen Verbrechen gegen den polnischen Staat zu erheben. Begründet werden diese Behauptungen teils damit, daß der Prozeß gegen Scherff und Gen. beim Bezirksgericht König 37.950/22, teils damit, daß die Revisionen beim Deutschtumshund am 6. August 1923 zweifelsfrei Beweise für die Verbrechen gegen den Staat festgestellt hätten.

Durch Urteil vom 9. 5. 24 des Obersten Gerichts (V. Kammer 47/24) ist das Konkurrenzurteil gegen Scherff, welcher zwei Jahre unschuldig in Untersuchungshaft sitzen mußte, aufgehoben und dem Thorner Gericht zur Neuverhandlung überwiesen worden. Trotzdem das Verfahren gegen Scherff schon aus dem Jahre 1922 schiedt und eine große Anzahl polnischer Bürger deutscher Nationalität bis heute schwer verhängt hat, ist bis heute das Verfahren nicht zu Ende geführt; trotzdem angeblich bei der Durchsuchung des Deutschtumshund schwieriges Material betreffend Spionage, Landesverrat und ähnliche Verbrechen gefunden sein soll, wodurch die Vertreter der deutschen Minderheit stark belastet seien würden, ist in dieser Angelegenheit ein Verfahren nicht eröffnet worden. Erstaunt muß sich naturngemäß nicht nur die öffentliche Meinung in Polen, sondern der ganzen Welt fragen, wie es möglich ist, daß, falls wirklich derart schwere Verbrechen vorliegen, die den Staat gefährden, die Verfahren jahrelang ruhen könnten. Noch viel ungewöhnlicher ist es aber, daß durch diese Verhältnisse Tausende von Bürgern es sich gefallen lassen müssen, unter Verdächtigungen schlimmster Art leben zu müssen, ohne sich dagegen wehren zu können.

Damit die durch diesen Stand der Dinge in hohem Maße beunruhigten Mitglieder des Westmarkenvereins ihrer Sorgen enthoben werden, damit vor allem über das Recht wieder Gelung findet und dieser für weite Kreise der deutschen Minderheit unverchristigte Zustand aufgehoben wird, fragen die Unterzeichneten den Herrn Minister an:

1. In welchem Stadium sich die Angelegenheit befindet?
2. Wann die gerichtlichen Verhandlungstermine für beide Prozesse anberaumt werden?

Warschau, den 12. Dezember 1924.

Die Interpellanten.

Hilfe ist nötig.

Interpellation

des Abgeordneten Uta und anderer Abgeordneter an den Herrn Kriegsminister wegen Verweigerung der Entschädigung für das zu Munitionslagern beschlagnahmte Land kleiner Bauernwirtschaften in Kreise Łódź.

Vor 5 Jahren wurden in der Gemeinde Radogoszec, Kreis Łódź, ungefähr 20 Morgen Land kleiner Bauernwirtschaften zum Zwecke der Unterbringung von militärischen Munitionslagern beschlagnahmt. Die geschädigten Landwirte, unter denen sich größtenteils arme Leute befinden, die den ihnen zugefügten Schaden schwer empfinden, haben trotz aller Bemühungen bis zum heutigen Tage keine Entschädigung für das beschlagnahmte Land erhalten. Dieser Zustand ruft eine große Erbitterung unter der Bevölkerung hervor und untergräßt das Vertrauen und die Hochachtung zur Behörde.

Die Unterzeichneten fragen daher an:

1. Sind dem Ministerium obige Verhältnisse bekannt?
2. Auf welche Weise gedenkt das Ministerium die geschädigten Landwirte für den ihnen zugefügten Schaden zu entschädigen?

Warschau, den 16. Dezember 1924.

Die Interpellanten.

Ohne Entschädigung.

Interpellation

des Abg. Uta und anderer Abgeordneter an den Herrn Eisenbahnaminister wegen Baues der Eisenbahnlinie auf der Teilstrecke Widzew-Bogierz.

Im Jahre 1919 wurde mit dem Bau einer neuen Eisenbahnlinie zwischen den Stationen Widzew-Bogierz begonnen. Zum Bau dieser Linie sind ohne jegliche Entschädigung einige zehn Morgen Land, die kleinen Landwirten der an-

(Cophyright 1924 by Carl Duncker Verlag, Berlin.

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(10. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

VII.

„Nein, Uschi, auf alles mögliche war ich ja bei Dir gekascht! Aber daß Du mir einen jungen Schriftsteller als Schwiegerjohn bringen würdest, das hätte ich nicht gedacht! Ich meine, um Dich in solche ungewissen Verhältnisse zu bekommen, dazu hättest Du Dich selbst zu lieb.“

„Ich liebe ihn“ lagte das junge Mädchen.

„So iehr, daß gleich geheiratet werden muß? Du hast schon manchen jungen Mann nett gefunden, Uschi!“

Sie flammt auf. „Wie darfst Du das vergleichen, Papa! Ich habe nie geliebt, bis ich Udo jah. Ich wußte gar nicht, was Liebe ist.“

„Mir erscheint diese Heirat unmöglich,“ sagte der Vater. „Wo von wollt Ihr denn leben, Uschi?“

„Von Udos Honoraren. Er wird in Zukunft sehr viel verdienen.“

„Er, der keine Ahnung von Verdiensten, vom praktischen Leben hat? Der nicht weiß, wieviel die Eintrittspreise eines Unternehmens kosten, an dem er beteiligt ist!“

„Er wird praktischer werden, wird sich um alles kümmern. Meinetwegen, Papa.“

„Wo wollt Ihr wohnen, Uschi, in diesen Zeiten?“

„Er hat eine Wohnung in Berlin, gemeinsam mit seiner Mutter.“

„Und diese Mutter?“

„Wird wohl bei uns bleiben, bis wir ein eigenes Heim gefunden haben.“ Nun klang ihre Stimme doch lächelnd.

„Uschi, Du zusammen mit einer Schwiegermutter? Auf Wünsche und Launen einer alten Frau, die Dir doch fremd ist, willst Du Rücksicht nehmen, die Du immer gewohnt warst, daß alles auf Dich Rücksicht nahm? Uschi, Du wirst todunglücklich in dieser Ehe werden.“

grenzenden Dörfer gehören, beschlagenahmt worden. Die Regulierung der Eisenbahnlinie erforderte an einigen Stellen größeren oder kleineren Erdauftschutt, an anderen dagegen die Errichtung von Gräben, die jetzt die einzelnen Bauernwirtschaften trennen. Da bisher die nötigen Durchschnitte und Brücken nicht gebaut worden sind, erfordert die Überfahrt von einem Ende der Wirtschaft zur anderen die Bootsfahrt weiter Strecken; auf diese Weise entstehen den Besitzern der fortgenommenen Grundstücke große materielle Schäden. So sind im Frühjahr d. J. nach der Schneeschmelze fast alle Staaten in der Nähe der erwähnten Eisenbahnlinie zerstört worden. Außerdem sind die bisher ausgeführten Nivellierungsarbeiten zu einem Teil zerstört, wodurch auch dem Staat ein bedeutender Schaden zugefügt wird:

Die Unterzeichneten fragen daher an:

1. Ob und wann gebeilt das Ministerium den Bau der erwähnten Eisenbahnlinie zu Ende zu führen?
2. Weshalb erhalten die geschädigten Landwirte keine entsprechende Entschädigung für die beschlagenahmten Grundstücke?
3. Was gedenkt das Ministerium zu tun, um die an uns für sich schon empfindlich geschädigten Landwirte vor weiteren Schäden durch eventuelle Frühjahrsüberschwemmungen zu schützen?

Warschau, den 12. Dezember 1924.

Die Interpellanten.

Republik Polen.

Eine Verordnung.

Premier Grabski hat eine Verordnung herausgegeben, daß ein Teil des Arbeitslosenfonds für geistige Arbeiter als Unterstützung für die reduzierten Beamten, die ohne Stellung sind, abgegeben werden soll.

Von der Militärkommission.

Die Sejmkommission für Militärangelegenheiten hat gestern die Erörterung des Gesetzentwurfs über die Organisation der obersten Militärbehörden aufgenommen. Der Kriegsminister, General Siforski, erklärte zu Beginn, daß das Gesetz, von dem die Rede sein soll, im Regierungsentwurf den Titel erhalten habe: „Gesetz über die Obersten Militärbehörden“. Doch habe jetzt die Regierung eine synthetische Verbesserung eingeführt und dem Gesetz einen anderen Titel gegeben, nämlich: „Gesetz über die Behörden der Staatsverteidigung“. Alle Staaten organisieren nach dem Kriege ihr Verteidigungssystem. Um so mehr müsse es Polen tun, dessen strategische Lage eine besondere sei. Damit die Friedensorganisation der obersten Behörden der Staatsverteidigung gewöhnlich sei, müsse sie den Bedingungen entsprechen, unter denen der Staat die Möglichkeit hat, einen Krieg vorzubereiten und durchzuführen. Um die Nation kriegsfertig zu machen, sei bereits in Friedenszeiten eine Institution nötig, die die entsprechenden Kräfteantretungen koordiniert. Der Grundsatz eines Kommandeurs der Kriegsoperationen, sowie der Koordination der Staatsausbildung müsse unabdingt gewahrt werden. Der Gesetzentwurf präjudiziere in seiner neuen Form nicht das Verhältnis der obersten Behörden zur vollstreckenden Gewalt der Republik zu Kriegszeiten und lasse die Frage der Koordination der Auseinandersetzungen der Regierung und des Führers offen. Diese Frage könne erst dann geregelt werden, wenn die Rede sein werde von der allgemeinen Organisation der Nation für den Kriegsfall. Aber die Probleme der Nationalverteidigung erfordern ebenfalls Koordination in der Regierung schon zu Friedenszeiten. Deshalb müsse ein Nationalverteidigungsrat gebildet werden, dessen Beschlüsse für die einzelnen Ministerien allgemeine Direktiven bilden sollen. Doch werde das alltägliche Arbeitsorgan des Sekretariats des Nationalverteidigungsrates sein, das beim Regierungsschaf formiert wird. Das Gesetz sei den Grundsätzen der Verfassung subordiniert, die bestimmt, daß der Staatspräsident der höchste Vorgesetzte der Streitkräfte des Staates ist, selbst aber nicht den Oberbefehl zu Kriegszeiten führen kann. Um dem Heere größten Dauerhaftigkeitssicherungen zu geben, habe die Regierung im Gesetz bewußt die Rechte der Offiziernomination durch den Präsidenten gleichermaßen angelegt und die Berechtigungen des Ministers auf diesem Gebiete geschränkt. Was den Kriegsminister betrifft, so bestimmt die Verfassung seine rechtliche und moralische Verantwortung für die Tätigkeit aller Militärorgane zu Kriegs- und Friedenszeiten und subordiniert so diese Organe dem Minister. Die These habe Ausdruck gefunden in den Artikeln des Entwurfs, in denen bestimmt wird, daß die leitende Behörde der Kriegsminister ist, daß der Kriegsrat sein Beratungsbogen ist, und daß ihm der Generalinspektor des Heeres, der Waffeninspektor, der Chef der Heeresverwaltung und der Chef des Kontrollleurkorps untergeordnet werden. Trotz dieser konstitutionellen Verantwortung aber unterliege es keinem Zweifel, daß die moralische Verantwortung vor den Kammern und der Nation für die Kriegsoperationen zu Kriegszeiten vor allem die oberste Behörde tragen

wird. So ergäben sich die Berechtigungen des Generalinspektors des Heeres nicht nur aus militärischen Notwendigkeiten, sondern auch aus der moralischen Verantwortung, die er für den Fall seiner Ernennung zum obersten Heerführer tragen wird. In seinen weiteren Ausführungen trug der Redner die Pflichten und Vollmachten des Generalinspektors des Heeres vor und wies zum Schluss den Vorwurf zurück, daß seine Kompetenzen geringer wären, als die Kompetenzen des französischen Generalinspektors.

Nicht ausgeliefert.

In der militärischen Sejmkommission hat der Vorsitzende Abg. Maczynski ein Schreiben des Kriegsministers in der Angelegenheit der Vorwürfe die seinerzeit dem Divisionär Konarzewski gemacht wurden vorgelesen. Aus diesem Schreiben geht hervor daß der Militärstaatsanwalt nicht genügend Beweise habe, um das Vorwegen gegen General Konarzewski zu rechtfertigen, und das Generalgericht an welches der Minister diese Angelegenheit gerichtet hatte um die Untersuchungen zu führen, sah einen Bechluß, wonach General Konarzewski dem Generalgericht nicht ausgeliefert werden wird.

Vom Senat.

Senator Lubieński referierte über zwei Gesetze über die Ratifizierung der Post- und Telegraphenkongvention, sowie der Eisenbahnkonvention mit Sowjetrußland. Beide Konventionen wurden angenommen.

Senator Saarski von den Christl. Nationalen referierte seinen Antrag über die Einbringung eines Gesetzentwurfs, der für eine beschränkte Zeit Transaktionen mit der Erlangung bzw. Sicherstellung von Auslandskrediten verbunden sind, von Steueraufgaben befreien soll. Der Senat nahm eine vorgelegte Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, einen solchen Entwurf einzubringen. Bei den Beratungen über die Nachtragskredite für das laufende Jahr trug der Generalberichterstatter des Budgets im Senat, Senator Bugajski von der Piastenpartei, die allgemeine Lage der polnischen Staatswirtschaft vor und stellte fest, daß man, was die Einkünfte betreffe, konstatieren könne, daß sie sich besser entwickeln, als man annehmen konnte. Die Gesamtsumme der Einkünfte für 1924 sei fast um 2 Millionen größer, als man sie im Juli präzisierte. Was die Ausgaben betrifft, so weisen sie 40 Millionen weniger auf, als das Haugesetz vorsieht. Die Finanzlage stellt sich also im allgemeinen günstig dar. Anders steht es mit der Wirtschaftslage. Hier führte der Senator Bugajski eine eingehende Analyse dieser Lage durch und erging den Schluss, daß man an eine Änderung der Kreditverhältnisse und der Ausstattung der Werkstätten mit neuzeitlichen Einrichtungen denken müsse. In dieser Hinsicht befände sich Polen in einer schwierigen Lage als die Nachbar und das erschweren die Konkurrenz. Ein Gleichgewicht der Beziehungen könne ein entsprechender Export landwirtschaftlicher Produkte sichern. Es sei die Betreibung einer solchen Politik nötig, die die Landwirtschaft intensiver machen könne. Nach dem Generalberichterstatter wurden von den betreffenden Referenten die einzelnen Budgetpositionen erläutert. Senator Wurzel vom jüdischen Klub erklärte, daß sein Klub gegen das Budget stimmen werde. Senator Woźnicki von der Wyzwolenigruppe sprach zur Verbesserung über die Restitution der vom Sejm geforderten 100 zł im Budget des Kultusministeriums und erklärte, daß er jetzt, da der Minister Miłakiewski gegangen sei, diesen Antrag unterstützen würde. In der Abstimmung wurde dieser Antrag mit einem Antrag des Referenten, der dahin lautet, daß in den Artikeln 1, 2 und 3 des Finanzgesetzes Änderungen vorgenommen werden sollen, angenommen.

Thugutt zurück.

Bispremier Thugutt ist von seiner Wilnaer Reise in Warschau wieder eingetroffen und bat im politischen Komitee des Ministerrates die Resultate seiner Ostimreise vorgetragen.

Eine Stiftung.

Marshall Biaduski hat eine beträchtliche Summe für die Stefan-Batory-Universität in Wilna gestiftet.

England und die Räumung Kölns.

Austen Chamberlain hatte sich in seiner großen Rede unbestimmt zu dieser Frage ausgesprochen. Jetzt schreibt hierzu der „Observer“ aus London folgendes:

„Die Möglichkeit, daß die britische Besetzung Kölns über den 10. Januar hinaus verlängert werden könnte, sei eine schwierige Frage. Die Engländer könnten nicht unter Druck des Friedensvertrages in Köln bleiben, würden andererseits aber auch nicht dem Zweck des Friedens dienen, wenn sie die Zone ohne Rücksicht auf die Folgen räumen würden. Deutschland werde auftreten müssen, daß die Anwesenheit britischer Truppen in Köln es gegen die Wiederaufnahme einer glücklicherweise aufgegebenen Politik seitens Frankreichs schützt. Frankreich aber werde anerkennen müssen, daß die Engländer ihre Garnison in Köln nicht ohne die Zustimmung Deutschlands über den 10. Januar hinaus lassen können.“

Vielleicht werde Frankreich aufstimmen, den Zeitpunkt für die Räumung des Ruhrgebietes vorzubereiten, während sich Deutsch-

ich verdienne gut, aber es geht doch nicht ins Uferlose. Das sollte Ihr Mädel bedenken.“

Uchi streichelte seinen hübschen grauen Kopf.

„Wir werden auch ganz bestimmt selbst für uns sorgen, Papa. Sei nur nett zu Udo.“

Das Telefon auf dem Schreibtisch schrillte. Herr Remscheid ergriff den Hörer. Seine Tochter meldete sich.

„Hede, Du? Hörst Du? Du hast eine schöne Sache angerichtet, als Du uns diesen Udo Holst ins Haus schicktest. Uschi hat sich mit ihm verlobt. Was sagst Du? Ja, das finde ich auch!“

„Was sagt sie denn?“ drängte Uschi.

Er gab ihr den Apparat. Und sie hörte der Schwester helle Stimme, halb lachend klapp sie und halb empört:

„Aber die Uschi ist ja verrückt, verrückt, verrückt! Das ist doch kein Mann, den man heiratet! Kein Mann für Uschi!“

„Hede, ich verbiete Dir...“ schrie sie hinein. Da nahm der Vater ihr den Hörer wieder ab sprach weiter.

„Das Mädel ist außer Rand und Band, Hede! Ich weiß nicht, was ich machen soll. Was sagst Du? Du willst herkommen? Morgen früh? Gute, wir erwarten Dich mittags. Dann das Beste mündlich. Gruß an Deinen Mann, Schlüß.“

Er hängte aufseufzend ein. „Wenn Eure gute Mutter das erlebt hätte!“

„Sie wäre sicher auf meiner Seite gewesen.“

„Ach, Kind, vielleicht wärst Du dann ganz anders geworden. Nicht so eigenwillig, nicht so selbstständig. Ich habe Euch von jeher zu viel Willen, zu viel Freiheit gelassen. Ihr seid mir über den Kopf gewachsen, alle drei.“

Sie schmeichelte: „Keine Sorgen machen. Nicht soviel denken. Ich bin glücklich, glücklich bin ich, was willst Du eigentlich mehr?“

„Doch Du es bleibst, kleine Uschi! Also so glücklich bist Du? Trotz der unsicheren, schweren Verhältnisse, trotz Wohnungsnot, Unzulänglichkeiten, Einschränkungen? Und trotz der Schwiegermutter?“

„Ja, ja,“ lachte sie, trotz allem!..“ Fortsetzung folgt.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

Polnisch-portugiesische Handelsvertragsverhandlungen sollen demnächst in Warschau beginnen. Portugal hat hauptsächlich Interesse für den Import von Getreide, Holz und Naphthaprodukten aus Polen und für den Export von Wein, Kakao, Fleisch, Fisch- und Obstkonserven nach Polen.

Industrie.

Die Lage der polnischen Naphthaindustrie war in der letzten Zeit weiterhin ungünstig, und man wird abzuwarten haben, ob das neue Kartell eine Besserung herbeizuführen imstande ist. Im Freiberger wurde Ende vorigen Monats 150 Dollar je Zehntonneinwagen für die Marke "Boryslau-Tujanowice" gezahlt. Ein großer Teil liegen die Schwierigkeiten in den ungünstigen Kreditverhältnissen und den hohen Eisenbahntarifen für Naphtha begründet. Wie verlautet, werden auch die neuen, ab 1. Januar geltenden Tarife keine Erhöhungen für Naphtha bringen. An verschiedenen Stellen des galizischen Hauptproduktionsgebietes ist man bemüht, die Rentabilität durch Einführung technischer Neuerungen zu erhöhen. Vor allem soll der ganze Betrieb allmählich vollständig elektrifiziert werden. Zur Unterstützung der Forschungsarbeiten im polnischen Naphtharevier und der Bohrtätigkeit bearbeitet angeblich das Ministerium für Handel und Gewerbe eine Novelle zum Gesetz über das Ausfuhrverbot von Rohnaphtha aus Polen, wonach es gestattet sein wird, 25 Prozent der Rohnaphtha production neu angelegter Bohrtürme im Laufe von zehn Jahren zu exportieren. Der neue Bohrturm muss mindestens 1 Kilometer von den schon bestehenden und im Betrieb befindlichen Bohrtürmen entfernt sein. Neben der Ausfuhr von Rohnaphtha im Rahmen des gewissen Staaten vertraglich eingeräumten Kontingents wäre dies die einzige Ausnahme von dem Rohnaphtha-Ausfuhrverbot.

Geldwesen.

Eine Revision der Verordnung über die Auflösung privatrechtlicher Schulden in Polen haben wir schon vor einiger Zeit als bevorstehend gemeldet. Angeichts der großen Unzufriedenheit, welche die bestehende Verordnung des Staatspräsidenten über diese Materie in den weitesten Volkschichten Polens hervorgerufen hat, scheint die Angelegenheit nunmehr beschleunigt zu werden. Wie wir aus Warschau erfahren, hat sich das Präsidium des Ministerates bereits mit bestimmten Vorschlägen zur Abänderung der jetzigen Bestimmungen beschäftigt.

Rumänische Münzen von 1 und 2 Lei hat die Bukarester Regierung fürzlich im Gesamtvertrieb von 40 Millionen Lei zur Prägung in Belgien bestellt. Diese Münzen sollen dazu dienen, die bisher im Verkehr befindlichen Papierkleingeldscheine abzulösen. Die Einführung wird demnächst bekanntgegeben werden, nachdem eine genügende Menge dieser Geldmünzen im Lande eingetroffen sein wird.

Bon den Märkten.

Fische. Bielitz, 15. Dezember. Karpfen lebend 300—320 für 100 Kilogr., Schleie lebend 250, Hechte 250—280, Hechte in Eis 235, ungarische Karpfen 250, Iolo Wagon Bielitz.

Glas. Warszawa, 15. Dezember. Glaspreise in zt pro Meter Iolo Lager: Weißglas 2 Millimeter 0.00, in Säulen 4.50—5, 3 Millimeter 0.90, Matiglas 2 Millimeter 10.00, Preßglas 1.50, 3 Millimeter 20.00, Rötglas 3 Millimeter 35.00, Gelbglass 2 Millimeter 10.00, Glasmäntel 8—10.00 pro Stück.

Häute und Felle. Lublin, 16. Dezember. Notiert wurden: Hosen 1.50 pro Stück, Füchse bis 30 pro Stück, Mäuse 15 pro Stück, Dachsh 12 pro Stück, Marder 60 pro Stück, Waldmarder 70. Tendenz schwach.

Kolonialwaren. Warszawa, 17. Dezember. Für 1 Kilogramm in zt (Engros) franko Warschau: Kalamatafeigen (neue Ernte) 1.55, Buttermandeln Apricotkerne 2.75, amerikanische Nüsse 2.50, Arachide 1.45, Kokosnüsse 1.70, sizilianische 2.45, italienische 1.50, Trockenmörser erste Sorte 3.50, zweite 2.00, Apfel 2.70, Kaliforniapflaumen Janch 40/50 1.70, 40/50 1.55, 50/60 1.40, 70/80 1.20, 60/70 1.05 (in Säcken), bosnische Pflaumen 1.45, Clementinen 1.55, australische 1.50, Koriander 2.25, Karaburna 2.55 und 2.80, Virla 2.15, Malaga 5.50.

Produkte. Warszawa, 17. Dezember. Im Privatverkehr wurden notiert: Für 100 Kilogramm in zt: Weizen 27, Roggen 22.50, Hafer 23, Braunerste 25, Graupen erste Sorte 23, Weizenfleie 15.50—16, Roggenkleie 13.50, Leinkuchen 25, Rapsküchen 21, Raps 42. Für 1 Kilogramm franko Warschau: Weizenmehl 50-prozentig 0.50—0.52, Roggenmehl 50-prozentig 0.40—0.42. Tendenz steigend.

Wien. Wiina, 15. Dezember. Engrospreise für 1 Kilo. Notierungen des städtischen Schlachthofes. Totes Gewicht: Rind 1. Sorte 1.31, 2. Sorte 1.10, Schweinefleisch 1. Sorte 1.60; 2. Sorte 1.25, Lebendgewicht: Rind 1. Sorte 0.65/2, 2. Sorte 0.59, Schweine 1. Sorte 1.36, 2. Sorte 1.06.

Warszawa, 17. Dezember. Im Schlachthofe wurden gestern folgende Preise engros für 1 Kilo Lebendgewicht notiert: Ochsen 0.73, Kübler 1.08, Schafe 0.60, Schweine 1.20—1.60, geschlachtet wurden 206 Rinder, 58 Kübler und 421 Schweine.

Metalle. Berlin, 17. Dezember. Für 1 Kilo Elektrolytkupfer wird beans (100 Kilo) 189%, Raffinadkupfer (mindestens 99 bis 99.3 Prozent) 1.27—1.28, Originalbüttenweichblei 0.83—0.84, Hüttenrohrguss im freien Verkehr 0.75/2—0.76/2, Remaltes Blattzinn 0.66—0.67, Originalaluminum in Blöcken, Barren, gewalzt und gezogen mindestens 98—99 Prozent 2.30—2.35, in Barren, gewalzt und gezogen 99 Prozent 2.40—2.48, Bank-Straits und Australzinn 5.25—5.35, Hüttenzinn mindestens 99 Prozent 5.15—5.25, Reinformzinn 98—99 Prozent 3.20—3.30, Antimon Regulus 1.22 bis 1.24, Silber in Barren Probe 0.900 94.50—95.50, Gold pro Gramm 2.82/2—2.83/2, Platin 14.50—15.00.

Produkte. Czago, 16. Dezember. Weizen für Mai 170%, Juli 169%, Dezember 165%, Roggen Mai 149, Juli 135%, Dezember 144, Mais für Mai 131%, Juli 131%, Dezember 125%, Juli 65%, Dezember 63%. Tendenz ruhig.

Hamburg, 17. Dezember. Weizen der Nordstaaten 218 bis 228, Roggen 212—224, deutsche Sommergerste 210—234, ausländische 213—218, Hafer 180—186, Mais 200—204.

Börsen.

Der Börsenmarkt am 17. Dezember. Danzig: Börs 103.49—104.01. Überweisung Warschau 102.49—103.51. Zürich: Überweisung Warschau 9.50. London: Überweisung Warschau 24.45. New York: Überweisung Warschau 19.25. Wien: Börs 13.55. Überweisung Warschau 13.62—13.72. Prag: Börs 6.1—6.57. Überweisung Warschau 6.52.75—6.58.75. Riga: Überweisung Warschau 102. Pariser: Überweisung Warschau 3.21/2.

Warschauer Börse vom 17. Dezember. Banknoten: Banknoten 5.3, Bank Gauklowy 5.60. Bank dla Handlu i Przemyslu 1.0. Bank Kredytowy Warszawski 0.20. Bank Zachodni 1.70. B. B. B. 1.60. Bank Biały i Spół. 3.rob. 6.00. Industriewerte: Celata 0.49. Spiek 1.45. Strem 9.00. Chemikalia Zaierz 1.35. Glechniakosz 1.25. Glechniakosz 1.72. Sika i Szafra 0.49. Chodorow 4.90. Czerw 0.52. Czestochowa 1.95. Gorzawiec 2.15. Michalow 0.44. W. T. Cukru 3.20. Juli 0.28. Lazu 0.13. Kopialnia Warszawa 2.68. Czajka 0.54. Lisow 0.67. Modrzelwski 4.08. Nowik 0.75. Ostromieci 6.45. Parowez 0.51. Roczek 1.11. Rudzki 1.14. Starachowice 1.98. Jaworzno 2.00. Żyrardów 11.85. Borkowski 0.96. Haberbusch u. Schiele 4.75. Spivins 2.63. Cielow 0.60. Kujawsko Fabr. Pap. 0.52. Maweki 9.90.

Arakauer Börse vom 17. Dezember. Bank Sv. Zarobkowych 6.00. Powiat. Kred. 0.17—0.16. Tokan 0.32. Pharma 0.70. Kleineinst. 9.5. Cegieliszki 0.5—0.51. Żegiuga 0.22. Techate 0.22—0.25. Trzebinia 2.1. 0.73—0.68. Góra 1.50—1.5. Sieradz 0.45—0.48. Tepe 0.2.20. Polska Natta 0.64. Chorowice 4.60—4.75. Chybie 6.15—6.10. Strzeg. 1.66. Wałczek 1.35. Nicht notierte Werte: Jaworzno dr. 16.10—15.50. Lokomo 0.48—0.50.

Die neu zu gründende Serubilbörse in Łódź hat bereits die Genehmigung ihrer Satzungen von den zuständigen Regierungsbehörden erlangt. Zum Kommissar ist Ingenuer Bajer ernannt. Der Eröffnung dieser Börse wird jedoch von gewissen Kreisen ein großer Widerstand entgegengesetzt. Anno gedessen hat sich der Tschumitziellenverband an die Wojewodschaft mit dem Erfuchen gewandt, die Gründung der Börse möglichst schnell zu bewirken.

Berliner Börse vom 17. Dezember. (Amtlich.) Helsingfors 10.55—10.59. Wien 9.07—9.27. Prag 12.72/2—12.73/2. Budapest 5.7 bis 5.72. Sofia 3.02/1—3.03/1. Holland 169.19—169.61. Christiania 63.42—63.58. Copenhagen 73.74—73.92. London 19.67—19.72. Buenos Aires 1.621—1.625. New York 4.19/2—4.20/2. Belgien 20.71 bis 20.77. Marienberg 18.07—18.11. Paris 22.47—22.53. Schweiz 81.20—81.40. Spanien 58.78—58.92. Danzig 78.05—78.25. Japan 1.608—1.612. Rio de Janeiro 0.478—0.480. Jugoslavien 6.22—6.24. Portugal 19.88—19.92. Konstantinopel 2.29/2—2.30/2.

Östereidien. Berlin, 16. Dezember. Freiherkehr. Kurse in Bill. Krf. für je 100 Einheiten. Auszahlung Warschau 80.40 G. 80.80 B. Bufarek 2.12/2 G. 2.13/2 B. Riga 80.65 G. 81.05 B. Nowy 41.495 G. 41.705 B. — Noten: polnische 80.05 G. 80.85 B. Italiene 41.19 G. 41.61 B.

Danziger Börse vom 17. Dezember (Amtlich.) London 25.21, Scheff 25.19. Paris 28.77—28.93. Dollar 5.3540—5.8810. Schweiz 103.84—04.36. Berlin 127.730—128.370. deutsche Mark 128.054—128.66.

Zürcher Börse vom 17. Dezember (Amtlich.) London 5.16%—5.17% Warschau 24.28. Paris 27.65. Wien 72.85. Prag 15.66%—16.00% Warschau 22.26. Beograd 7.1/2 G. 7.2/2 B. — Noten: polnische 80.05 G. 80.85 B. Italiene 41.19 G. 41.61 B.

Wiener Börse vom 17. Dezember (Zu 1000 Kronen.) Auftr. Abiel Bachim 449, Kol. Połna 119.7, Kol. Zwölf-Ezern 156. Kol. Połud 55, Bank Hypot 8.15, Bank Malop. 4.6, Alpin 386. Zieleniewski 130, Krupp 227.6. Praskie Tow. 1.20. Huta Bolid 7.9. Port. Zement 3.0. Skoda 1830. Rima 13.7. Fanto 262. Skarpaty 188. Galicja 1280. Rasta 173. Lumen 9.2. Schodnica 215. Berlin 122.95. Belgrad 7.76.

Wiener Börse vom 17. Dezember (Zu 1000 Kronen.) Auftr. Abiel Bachim 449, Kol. Połna 119.7, Kol. Zwölf-Ezern 156. Kol. Połud 55, Bank Hypot 8.15, Bank Malop. 4.6, Alpin 386. Zieleniewski 130, Krupp 227.6. Praskie Tow. 1.20. Huta Bolid 7.9. Port. Zement 3.0. Skoda 1830. Rima 13.7. Fanto 262. Skarpaty 188. Galicja 1280. Rasta 173. Lumen 9.2. Schodnica 215. Berlin 122.95. Belgrad 7.76.

Arbeitsmarkt bei der Bank Polski am 18. Dezember 1924—3.4712 zt. (M. B. Nr. 289 vom 17. 12. 1924.)

Kurse der Posener Börse.

	für nom. 100 Krf. zu 1 Krf.	17. Dezember
Banknoten und Obligationen	18. Dezember	5.20
Biproz. Listy zbożowe Biemsiwa kred.	0.25	
Baniattion:		
Bant Brzemeskowem I.—II. Em.	3.00	3.00
Bant zw. Szotet Zarob. I.—XL Em.	—	6.00
Polski Bank Handl. Poznań I.—IX.	2.00	2.00
Industrieaktionen		
Bromat Krzysztofki I.—V. Em.	2.0	—
Dr. Legielski I.—IX. Em.	0.55	0.55
Centrala Rolnikom I.—VII.	0.60	0.60
Galwana Bogoś I.—III.	0.35	—
Goplana I.—III. Em.	5.25	5
Geartwig I.—VII. Em.	1.30	1.30
Herszfeld-Bittorus I.—III. Em.	4.60—5	4.60
Luban. Fabryka przew. ziemniak. I.—IV.	—	67
Dr. Roman Was I.—V. Em.	—	24
Mdn. Klemaniec I.—II. Em.	—	1.40
Olejarnia Szamotulski I. Em.	4.25	4
Fabryka Boggosz I.—IV. Em.	0.40	0.30
Piechcin Fabryka Wapna i Cementu I.—II. Em.	—	2.75
Blotno I.—III. m.	—	0.25
Bozn. Szotka Drzewna I.—VII. Em.	0.50	0.55
Bracia Szabrowscy (Szabat) I. Em.	0.80	—
Tri I.—III. Em.	—	12
Unja (früher Benski) I.—III. Em.	5.50	7
Wymorna Chemiczna I.—VI. Em.	0.30	—
Bied. Kromat. Grodzieckie I.—V. Em.	1.30	1.25
Tendenz: unverändert.		

Warschauer Börse vom 18. Dezember.

Dollar 5.16. Englisch Pfund 24.20. Schweizer Frank 100. Französischer Frank 27.62.

Amtliche Notierungen der Wiener Getreidebörsen vom 17. Dezember 1924.

(Die Großhandelspreise vertheilen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggonlieferung solo Verladestation in Börse.)

(Ohne Gewähr.)

Wizen	23.25—25.25	Getrocknete Kartoffelflocken	18.50—19.50
Roggen	21.1—22.0	Kartoffelflocken	14.50
Weizenmehl	39.50—41.50	Getrocknete Mehl	21.60
(65% inl. Säde)	—	Säde	12.50—14.50
(70% inl. Säde)	—	Blauer Lupinen	

land mit einer entsprechenden Hinausschiebung des Beipunkts für die Räumung Kölns einverstanden erklären könnte. Jedenfalls werde ein Kompromiß irgend welcher Art unvermeidlich sein.

Die Räumung Kölns wird schweigend übergangen.

Aus London wird gemeldet: Um 11 Uhr erfolgte die Abstimmung über den Oppositionsantrag zur Abrechnebatte, der mit einer Majorität von 231 Stimmen abgelehnt wurde. Auch der weitere Verlauf der Debatte förderte eine weitere Erklärung Chamberlains zu Tage. Auf die Anfrage Mac Donalda über die Räumung von Köln, erklärte der Staatssekretär lediglich, daß die Frage im Völkerbundsrat nicht erörtert worden sei.

La grande nation.

Französischer Besatzungsterror in Mannheim.

In der „D. A. Z.“ Nr. 589/590 lesen wir aus Mannheim: „Wie der Polizeibericht meldet, wurden am Sonnabend nachmittag zwischen 5 und 7 Uhr die Passanten auf der Rheinbrücke, die verkehrend auf dem Fußgängerweg in den Bereich des französischen Postens gerieten, von diesem mit dem Gewehrkolben heruntergestoßen. Eine Frau geriet hierbei vor einen anfahren den Strombahnen, der jedoch glücklicherweise von dem Wagenführer zum Stehen gebracht werden konnte. Einige Personen erhielten Fußtritte, andere wurden mit Gewehrlosen auf die Flüge gestoßen. Jede Belästigung wurde von den Franzosen mit lautem höhnischen Lachen begleitet. Als Passanten auf der Straße gingen, überquerten die Bachmannschaften dauernd die Straße und rammten dabei besonders Frauen an, die sie streicheln und in unsittlicher Weise belästigten. Wer sich entzündete, dem wurden gemeine Schimpfworte nachgerufen. Unter den Belästigten befindet sich auch die Frau eines Kaufmanns, die von Geburt französisch ist.“

Zum Kampf gegen Herriot.

Millerands Haßgesang gegen Deutschland.

Die französische Presse eines bestimmten Schlagess ist enthusiastisiert. Millerand ist wieder da und hat sein erstes Auftreten mit einer scharfen Rede gegen Herriot und die Linkspartei begonnen. Seine Ausfälle gegen Deutschland übertreffen Schärfe noch die Ausdrücke Poincarés. „Wer sind wir?“ fragt an Schärfe noch die Ausdrücke Poincarés. „Wer sind wir?“ fragt Millerand. „Wir sind Republikaner, welche die Trennung von Staat und Kirche, die Freiheit des Unterrichts wollen. Aber wir wollen nur die wahre Freiheit, die gegen jeden Glauben Duldung zeigt und gegen religiöse Gesinnung nicht mit politischen Waffen kämpft. Wen rufen wir dazu auf, mit uns zu kämpfen? Das ganze Volk, das ganze Land. Es handelt sich für uns nicht um parlamentarische Männer, es handelt sich um die Rettung Frankreichs.“ Weiter erklärte Millerand: „In Genf haben wir ein Protokoll unterzeichnet, das selbst im Falle seiner Annahme durch alle Männer nur ein Verbrechen wäre, aber keine Garantie für den Frieden. Aber es ist noch nicht angenommen; wir wissen noch nicht, wann man beginnen wird, sich wieder mit ihm zu beschäftigen. In London hat Deutschland den Damessau angekommen. Mit der Durchführung dieses Plans ist der Anfang gemacht. Aber wird es so weitergehen? Der Plan ist nur dann etwas wert, wenn er in allen seinen Teilen genau erfüllt wird. Hat dazu Deutschland Lust? Alle, die es jemals versucht haben, das Geheimnis der deutschen Sphäre zu ergründen, sind über die Antwort einig. Niemals war Deutschland stärker dazu entschlossen, die Verantwortung für seinen Angriff im Jahre 1914 von sich abzuwenden. Dieser feste Willen bedeutet zugleich die Ablehnung der Verpflichtungen, welche die Folge für Deutschlands Verschulden sind. So steht es mit den Reparationen. Die anderen Fragen der deutsch-französischen Politik sind sämtlich noch ungelöst, nur ein Unterschied gegen früher ist zu bemerken, sehr zu bemerken: wir haben die Ruhr aufgegeben, die französisch-belgische Regie ist zu Ende. Wir besitzen weder Pfänder, noch Sicherheit.“

Zu Heeresfragen und den kommunistischen Untrüchten, die Frankreich zur Zeit bedrohen, übergehend, fuhr er fort: „Ist heute wirklich schon die Zeit gekommen, mit unseren eigenen Händen die militärische Diktatur zu zerstören? Diese Frage braucht einer Regierung, die regieren will und kann, nicht gestellt werden. Über unsere eigene Regierung ist eine Regierung in Fesseln. (Donnernder Beifall). Die Regierung, die uns führen will, wird von den Sozialdemokraten gestützt. Die Sozialdemokraten führen sie, weil sie auf diese Art imstande sind, die Regierung besser in der Gewalt zu haben. Zu welchem Ziele das führen wird, haben wir mit Entsetzen erkannt, als der Kriegsminister ankündigte, daß er in wenigen Wochen unserem guten Heere eine Reform geben mösse, die es verhindern und schwächen muß. Soll das Land diesen Sprung in das Dunkle mitmachen? Dieses abenteuerliche Spiel mit der Vertriebungswaffe Frankreichs ist eine furchtbare Gefahr. Denn nicht bloß im Auslande lauern die Feinde, auch die Kommunisten rüden vor, ohne einem ernstlichen Widerstand zu begegnen. Mit fliegenden Fahnen sind sie hinter dem offiziellen Hufe der Regierung einhermarschiert, und die Regierung hat die Gefahr erkannt, als die Presse begann, die Värmung trimmel zu rütteln. Darauf hat der Ministerpräsident einige schwache Worte gesprochen. Er hat es gewagt, die Gemeinsamkeit mit den Kommunisten zu vergleichen. Der Klerikalismus ist heute ein Spur aus alter Zeit. Der Klerikalismus ist eine lebendige Macht. Unsere Feinde wußten genau, was sie taten, als sie die russische Revolution förderten. Jetzt sehen wir überall, in Afrika, in Asien und in ganz Europa, die Fahne mit Hammer und Sichel, das Banner der Sowjetrepublik! Und dieses Reich der Schande und Verbrechen erkennt die französische Republik feierlich an! Diesen Leuten erlaubt es die französische Regierung, mittler in Paris ihre Fahnen zu hissen, und zwingt die französischen Bürger, in Paris mitzuhören, wenn auf der Straße die Internationale, das Kampflied gegen jede bürgerliche Freiheit, angestimmt wird. Duldet nicht, daß Euer alter Feind sich die Menschen für unseren Sieg holt. Erwacht, Republikaner! Eure Väter haben die Diktatur des Höheren abgeschafft. Laßt Euch heute nicht frecken von der Diktatur der Niederen.“ Diese Rede sieht nicht nach Friedenswillen aus und dient sicherlich nicht der friedlichen Verständigung, die Europa dringend gebraucht, um sich vor dem Kommunismus zu retten.

Herriots Befinden bessert sich.

Der amtliche Bericht über das Befinden des französischen Ministerpräsidenten Herriot lautet folgendermaßen: „Die Besserung hält in aller Ruhe und ist noch für einige Zeit nötig. Temperatur 37,3°. Paris Soir“, der sich mit diesem Bericht noch nicht auseinander gesetzt, hat weitere Erkundigungen eingezogen und schreibt in direkter Verbindung mit dem Krankenzimmer zu stehen. Er schreibt: „Wenn Herriot mit den Beinen regiert, dann hätten die Herren, die über seinen Rücktritt boten, einige Hoffnung auf Erfolg.“

Aber der Ministerpräsident arbeitet auch in seinem Krankenzimmer. Er hat eine Venenentzündung leichtester Art, die sich mit jedem Ruhegelegenheit bessert. Seine letzten Nächte waren ruhig, seine Schmerzen lassen noch. Alle Minister erscheinen jetzt nacheinander an seinem Bett, und mit jedem Besuch er die Angelegenheiten der Regierung. Er telefoniert vom Bett aus, gibt Unterschriften, ordnet Untersuchungen an, trifft Diepositionen. Mit einem Wort: er regiert. Heute hat er sehr lange mit dem Finanzminister Clementel konversiert, dann mit dem Finanzdirektor Barthélémy, und schließlich wurde noch der Arbeitsminister erwartet.“

Vor der deutschen Regierungsbildung.

Das entscheidende Zentrum.

Genau so wie einst im Mai, so spielt sich auch jetzt der weitere Verlauf der Regierungsbildung ab. Augenblicklich ist man auf der Suche nach dem Kanzler, Stresemann soll dazu aussersehen sein. Aber wie allgemein verlautbar wird, lehnt er ab.

Die gestrigen Fraktionsbesprechungen haben, wie wir schon andeuteten, nicht das gewünschte Ergebnis gebracht. Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht im Anschluß daran das Communiqué ihrer ersten Sitzung: „In der heutigen ersten Sitzung der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei wurde die politische Lage nach der Wahl und die Frage der Regierungsbildung eingehend besprochen. Sachliche Beschlüsse waren bei der ungeklärten Schlage nicht zu fassen. Als Unterhändler für die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurde der Parteivorsitzende, Abg. Dr. Windler, zu den bisherigen Unterhändlern hinzugezählt. – Vom Herrn Reichspräsidenten wurde heute vormittag der Portebeschleunigung, Abg. Dr. Windler, und in Fortsetzung der mit ihm ausgeführten Unterredung, nachmittags das Mitglied der Reichstagsfraktion, Abg. Schiele, empfangen. Beide Unterredungen trugen ebenso wie diejenigen mit anderen Parteiführern rein informativen Charakter.“

Die Entscheidung über die Regierungsbildung hängt jetzt in allererster Linie beim Zentrum. Es wird sich zeigen müssen, ob diese Partei geneigt ist, die von den Deutschnationalen gewünschte Rechtsregierung mitzumachen. In einem besonderen Artikel hat die deutschnationale Zeitung „Der Tag“ einen eventuell kommenden Rechtsblock als „Kampfbloc“ bezeichnet, der es nicht leicht haben werde. In dem Artikel heißt es dann: „Vorauf es jetzt kommt, ist doch zu erkennen, was das Wesentliche ist. Es heißt jetzt, die Politik auf die Beine zu stellen, indem man dem Zentrum den Anschluß nach rechts verschafft. Der Träger dieser Politik kann allerdings nicht das Zentrum sein, weil es erst durch das Zusammensetzen mit Rechts von der Durchführbarkeit dieser Politik überzeugt werden muß.“

Hierauf antwortet die „Germania“, das führende Zentrumsorgan, in einem längeren Artikel, der folgenden bemerkenswerten Absatz hat: „Das ist deutlich. Einem „Kampfbloc“ in der inneren Verwaltung soll die neue Regierung darstellen. Meint man wirklich, das Zentrum würde sich dazu hergeben, in der inneren Verwaltung, wie Herr Schwarzer will, gegen sich selbst die Knappendienste zu leisten. Man ist also bereit, die äußere Politik „ungeangefochten“ zu lassen, erkennt also ruhig an, daß man der selbstlosen Arbeit, die hier das Zentrum geleistet hat, nichts anhaben kann. Aber die Ausübung der politischen Macht, die Hoheitsgewalt, muß dem Zentrum entstehen werden. Was müssen wir doch in deutschnationalen Augen für dumme Schafe sein, daß man uns solches zu bieten wagt!“ Diese gegenwärtigen Liebenswürdigkeiten sehen durchaus noch nicht nach Einigung aus, und die Zusammenfassung der künftigen Regierung scheint dadurch nicht klarer.

Das Angebot des Kanzlerpostens an Stresemann.

Der Reichspräsident richtete an Dr. Stresemann eine telegraphische Einladung. Stresemann reiste darauf nach Berlin und wurde gestern vom Reichspräsidenten Ebert zu einer längeren Besprechung über die Regierungsbildung empfangen. Stresemann hat noch keine endgültige Entscheidung getroffen, sondern sich eine Bedenkfrist bis zum Abend ausgerichtet.

Außer Stresemann wird noch gerüchtweise über andere Vertreter für den Kanzlerposten gesprochen. So nennt man Dr. Scholz und den Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Die Begnadigung Jagows.

Der ehemalige Regierungspräsident Traugott von Jagow, der wegen Teilnahme am Kapp-Putsch zu 5 Jahren Festung verurteilt worden war, ist jetzt durch den Reichspräsidenten begnadigt worden. Jagow hat inzwischen drei Jahre seiner Strafe verbüßt. Er soll gefundene Werte in der Haft sehr gut getrieben haben.

Die linke und die rechte Presse machen über diese Begnadigung Jagows recht geteilte Bemerkungen. Im Zusammenhang damit schreibt die „D. A. Z.“:

Bu der Begnadigung des früheren Regierungspräsidenten v. Jagow wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß diese Begnadigung keine besondere Ausnahme ist, sondern im Rahmen der Übung und der Grundzüge erfolgt ist, nach denen der Reichspräsident bei aus volkischen Beweggründen erzielten Straftaten das Gnadenrecht ausübt. Die Praxis des Reichspräsidenten in Gnadenfällen geht im allgemeinen dahin, daß den wegen solcher Vergehen und Verbrechen Verurteilten, soweit im Einzelfalle nicht besondere Begleitumstände der Straftat dagegen sprechen, nach Verbüßung von etwa zwei Dritteln der Strafhaft der Strafrecht erlassen wird. So sind in den letzten Jahren zahlreiche Personen, insbesondere auch Kommunisten, begnadigt worden. v. Jagow, der wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden ist, hat in diesen Tagen drei Jahre der Strafe verbüßt und während der langen Haft an seiner Gesundheit gelitten.

In der Presse wird vielfach der Fall Bechenbach mit diesem Gnadenrecht in Verbindung gebracht und gestagt, warum nicht auch hier eine Begnadigung eingereicht ist. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß Bechenbach von einem bayrischen Gericht verurteilt worden ist und das Gnadenrecht in diesem Falle nicht dem Reichspräsidenten, sondern dem bayrischen Regierung zusteht.

Deutsches Reich.

Ein Vortrag Fleitners.

Die „D. A. Z.“ schreibt dazu: „Im großen Saale des Flugverbandshauses in Blumenhof hielt die Wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt gestern einen Vortragsabend ab, bei dem der Erfinder A. Fleitner sprach. Er legte dar, wie er beim Studium der gegenwärtigen Segelfahrt sachlich zum Windantrieb von Schiffen mittels rotierenden Zylinders gekommen sei und wie an dem Beispiel einer Schnellboot mit vollständiger Takelage nach, wie sich die Antriebsleistungen durch Metallschlüsse und durch den rotierenden Zylinder verbessern lassen. Schon der Franzose Ducat im 18. Jahrhundert habe in bezug auf diesen Punkt richtige Grundsätze gehabt, die in einigen Ver suchen zum Ausdruck kamen. Am Schlusse erklärte Fleitner auch die Aussichten des Motor-Systems für den Luftfahrt ganz kurz. Er drückte sich darüber vorwichtig aus, daß hier eine Anzahl anderer Faktoren in Frage kommen — das sogenannte Ablassen der Grenzschicht bei den Luftströmungen steht hier im Vordergrund —, sprach aber dann von den Versuchen die beständig in Göttingen gemacht würden, und glaubte in Aussicht stellen zu können, daß diese in ein bis zwei Jahren praktische Ergebnisse zeitigen würden. Bei einer Verringerung der Fläche des Luftflugel, könne hier durch den Motor auch der Antrieb bedeutend gesteigert werden. Zur richtigen Anwendung sei vielleicht eine Verbindung des jetzigen Systems und des Motors am Luftschiff das Beste.“

In kurzen Worten.

In Leipzig wurde der Deutsche Baukunst gegründet. Er erfreut den Zusammenschluß der gesamten am deutschen Bauwesen beteiligten Kreise. Der Deutsche Baukunst verfolgt die Erhaltung und Wiederbelebung der deutschen Bauwirtschaft.

Unter Beteiligung der weitesten Schichten der Bevölkerung Münchens wurde gestern das Denkmal für die Gefallenen der bayrischen Landeshauptstadt vor dem

Armeemuseum im Hofgarten enthüllt. An der Feier nahmen u. a. der frühere Kronprinz Rupprecht, das gesamte Staatsministerium und der Landtagspräsident Königbauer mit Vertretern des Landtags, ferner Vertreter der städtischen Behörden und der Kavallerie teil.

Wie die Saarbrücker „Landeszeitung“ meldet, ist die in Rom weilende Abordnung des Saargebiets vom Papst empfangen worden. Darauf schloß sich eine Rücksprache beim Kardinalstaatssekretär.

Das spanische Direktorium veröffentlicht eine amtliche Note, in der erklärt wird, man habe den Zeitungen freie Hand gelassen, über die Bildung einer neuen Regierung zu schreiben, jedoch sei alles, was hierüber veröffentlicht worden sei, reine Phantasie. Das Direktorium selbst beschäftige sich nicht mit dieser Frage.

Der jugoslawische Außenminister Nantschitsch ist, von Rom kommend, im Laufe des gestrigen Nachmittags in Paris eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof vom Unterdirektor des Protokolls im Namen des Ministerpräsidenten begrüßt.

Wie „Information“ aus Brüssel berichtet, ist dort der Generalagent für die Reparationszahlungen Parker Gilbert angekommen. Er wird sich heute nach Berlin zurückbegeben.

Der ehemalige Generalzollbeamte Owen Young wurde zum Ritter der französischen Ehrenlegion ernannt.

Der Ertrag der inneren französischen Anleihe bewirkt sich nach einer offiziellen Mitteilung des Finanzministeriums auf 4 936 000 000 Francs.

Der serbische Ministerrat faßte den Beschuß, die Anerkennung der Rückkehr abzulehnen und bis auf weiteres mit Russland auch keine Handelsbeziehungen aufzunehmen.

Letzte Meldungen.

Eine Absage des Zentrums.

Am Nachmittag beriet die Parlamentsfraktion des Zentrums, von dessen Stellungnahme die Bildung einer Rechtsmehrheit im Parlament abhing, zweimal, und verkündete nach langer Diskussion eine Resolution, die sich für die Bildung der großen Koalition ausspricht, zugleich aber kategorisch die Teilnahme am Rechtsblock ablehnt. Diese Resolution wurde der Fraktion der Volksparteien mitgeteilt, die angesichts der Absage des Zentrums beschloß, die Verantwortung für die Regierungsbildung nicht zu übernehmen. Unter Berufung auf die Entscheidung der Partei begab sich Stresemann, der bekanntlich seit den letzten Wahlen nach der Bildung einer Rechtsregierung strebte, zum Reichspräsidenten und erklärte, daß er die Annahme der Mission der Bildung eines neuen Kabinetts ablehne. Die parlamentarische Fraktion der Volksparteien verkündete dabei, daß sie einmütig die Bildung einer Rechtsregierung als den einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage betrachte. Wenn Zentrum und Volkspartei konsequent auf ihrem Standpunkt verharren, wird die Bildung einer Mehrheit im Parlament und eines neuen Kabinetts auf große Schwierigkeiten stoßen.

Kucharski nicht ausgeliefert.

Die namentliche Sejmabstimmung über den Antrag des Abgeordneten Moraczewski, der dahin lautete, daß der frühere Finanzminister Kucharski wegen der Byrardów-Affäre dem Staatsgerichtshof ausgeliefert werden solle, ergab 175 für und 139 Stimmen gegen den Antrag. 32 Stimm waren unbeschrieben, und die haben Kucharski gerettet. Insgesamt waren nach einem Sonderbericht des „Poznański“ 347 Abgeordnete anwesend. Die absolute Mehrheit betrug somit 189 Stimmen. Der Präsident Poznański bemerkte zu dem Ergebnis der Abstimmung, daß es Kucharski nicht rehabilitiert habe, und daß die Plattenparteier, deren Vertreter erklärte, daß sein Klub sich der Abstimmung erthalte, Kucharski beschützt hätten.

Das neue Kabinett in Riga.

Zum neuen Kabinett gehören: Premier — Hugo Celnin, Auswärtiges — Siegfried Mährowicz, Kultus — Wolberg, Finanzen — Blumberg. Das neue Kabinett gab die Parlamentserklärung ab, die mit 49 gegen 37 Stimmen angenommen wurde.

Bomba dement von Stutari?

Nach einem Telegramm des albanischen Pressebüros markiert eine ausgezeichnete Bande mit Bomben, Maschinengewehren und Geschützen auf Stutari. Führer der Aufständischen ist Ahmed-Bey Bogu. Zur Bande gehören serbische, montenegrinische, russische und bulgarische Abenteurer. Alle Albaner eilen, ganz gleich welcher Partei gehörig, zu den Waffen, um das Vaterland zu verteidigen. Die albanische Gesellschaft in London meldet, daß albanische Truppen an der südslawischen Grenze angegriffen wurden. Der Kampf wobei längst der ganzen Grenze. Nach den letzten Meldungen ist Stutari eingeschlossen worden.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Berantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Stura; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel, Wirtschaft, den übrigen unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Stura; für den Anzeigenpart: M. Grundmann — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Osram-Nitra

Das Schaufenster,
dessen Licht den Beschauer
blendet, verliert an Zugkraft.

Versuchen Sie
Osram-Nitra, opal.



Mit Osram-Lampen
zu besserem Licht

Heute früh entschlief sanft kurz vor Vollendung ihres 86. Lebensjahres unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante

Frau Minna Kreismann

geb. Lewin.

König, den 17. Dezember 1924.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Begräbnis: Freitag vormittag 11 Uhr.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die vielen Kranz- u. Blumenspenden sagen wir allen Freunden, Freunden und Bekannten, insb. sondere Herrn Pastor Hoppe für die treueren Worte am Sarge unseres lieben Vaters unser herzinnigsten Dank.
Familie Quiram,
Pripkowo, Dezember 1924

Weihnachtswunsch!

Bin gleich, Anf. 30er, stattl. Erz., wenig gewandt, und sehne mich nach verhängnisigem Eheleben. Damen, welche den trügerischen Flirt erprobt und genugt sind, sich sochen Wunsche anzuschließen, werden um erforderliche Angaben unter 5471 Annons. Exped. C. B. "Express" und gesucht gebeten.



Stadttheannte Qualitäten zu billigsten Preisen.



Makulatur
weiße starke Bogen
mit Druck, Formate 46×59 u. 59×92
hat abzugeben
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Zwierzyniecka 6

Ausrichten! Ausrichten!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate Januar Februar März 1925

Name
Wohnort
Postamt
Straße

Osmald Zippel
Internationale Spedition

Stammhaus: Zbąszyń, Telefon 47

Filialen: Stentsch, Gorst, Fraustadt, Kreuz, Schneidemühl, Beszno

Telefon: 17 29 201 39 209

Berlin-Karlshorst, Krausenstr. 7, Tel.: Oberschöneweide 226.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 18. 12.	„Legenda Balsyty“.
Freitag, den 19. 12.	„Manon“.
Sonnabend, den 20. 12.	„Madame Pompadour“.
Sonntag, den 21. 12.	Nur eine Vorstellung, abends „Legenda Balsyty“.
Montag, den 22. 12.	„Othello“.

Verein deutscher Sänger.

Freitag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr

Gesangsstunde im Vereinshause.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Suche für meinen Sohn, poln. Stanisław, 28 J. alt, ehrlicher Kaufmann u. von sonnigem Gemüte,

jüng. (mos.) Mädchen aus gutem Hause. Am liebsten Einheit in eine Landwirtschaft oder ein Getreidegeschäft. — Mein Sohn möchte in meiner Gutswirtschaft eine mitleitende Stellung einnehmen.

Offerter unter G. 1580 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

90 arme, verlassene Kinder

jeden Alters, meist kleine, kommen jährlich in unser Evangelisches Kinderheim. Für sie brauchen wir sehr viel Kleidung. Wir bitten herzlich, zur Weihnacht uns brauchbare Kleidung zu schenken: Schuhe und Strümpfe für Kinder von 2–6 Jahren, Knabenanzüge, Mädelkleider und Schürzen für jedes Alter. Unterbeinkleider für Kinder von 6 Jahren ab, Hemden für Mädchen von 12 Jahren ab. Für die Ältere erhalten wir Mehl, Speck und andere Sachen und für den Weihnachtsfestl. Apfel, Kürbis, brauchbare Spielzeuge, Bilderkinder u. dergl. Bitte, bitte heißt uns den Weihnachtlich bereiten, fragt Weihnachtsspende in das Evangelische Kinderheim!

Posen - Wilda,
Gen. Pradzyńskiego Nr. 3.

Schwester Anna Wendel.

Kommenden Sonntag,

den 21. d. Wts., als letztem vor Weihnachten sind die

Posener Verkaufsgeschäfte geöffnet.

Es können daher die Einkäufe (mit Ausnahme der Kirchzeit) vom Publikum ausgiebig besorgt werden.

Wir bieten antiquarisch zum Kauf an:
Dr. Springer. Die Vergangenheit im Hause, mit 900 Orig. Illust. 56 Tafeln u. Kunstdrucken, geb.

v. Lechner. Illustrierte Geschichte der fremden Litteraturen. 2 Bde., geb.

Ferner neu:

Taschenwörterbuch der poln. u. deu. Sprache, geb.

Wir bieten antiquarisch gut erhalten an:

Hugos Lieder, für Pianof., 2 handb.

Ausrich. Beethoven, Lieder für Alt und Basson mit Klav.-Begleitung.

Ausrich. Fröhliche Weihnacht. Du fröhliche usw., mit Klav.-Begleitung.

Spindler. Majoreta.

Kondack. mod. Walzer.

Lehmann. Der Schöler ruht sich, Lied für Alt. m. Klav.-Begleitung.

v. Weber. Wunsch u. Entschuldigung, Lied mit Klav.-Begleitung.

Verlagsbuchhandlung der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznan. Sätze von 6 zl.

Gewirkte Anzüge

für Knaben

Gewirkte Kleider

für Mädchen

Dauerhaft: Elegant

Kindermäntelchen

in Plüscht. u. Wirkware

Schals u. Mützen

Sportgarnituren

Teddy-Bär-Anzüge

Reiches Farbensortiment

Größte Auswahl

Billigste Preise!

S. KAŁAMAJSKI

Kaufhäuser

Poznań Toruń

A. Nicklaus, Poznań

Tel. 1649 sw. Marcin 45a Tel. 1649

En gros!

En détail!

Zu Weihnachts-Einkäufen empfohlen:

Fabrik und Lager sämtlicher

Bürsten, Pinsel- und Seilerwaren.

Technische Bürsten.

Neuanfertigung und Reparatur sämtl. landwirtschaftlicher Bürsten

Säcke in jeder Grösse und Menge.

Manilagarn. Treibriemen.

Kaufe jeden Posten Rosshaare.

Lesen Sie ständig das
Posener Tageblatt

(Posener Warte)

welches täglich über alles Wissenswerte in Polen und Deutschland, sowie von anderen Staaten berichtet und stets das Neueste bringt.

Das Posener Tageblatt ist die am meisten gelesene deutsche Zeitung in der ehem. Prop. Posen u. darüber hinaus; daher ist es auch das wirksamste Inserationsorgan. Anzeigen haben durchgreifenden Erfolg.

Synagoge A Wolnicza

Oberkanzler Wygoda als

Probstantho.

Die Synagoge ist geheiligt.

Freitag, abends 4 Uhr.

Sonnabend, morgens 7½ Uhr,

sonntags, morgens 10 Uhr, mit

Reimondser Predigtung

(Leben) und Predigt.

4 Uhr Mincha m. Vortrag

Sabbatvorsang 4 Uhr 45 Min.

Sonntag ab. 4 Uhr Channukahfeier mit Predigt

Werttagl. morgens 7½ Uhr

mit anschließend. Vortrag

abends 4 Uhr.

Synagoge B

(Israel. Brüdergemeinde).

Cica Dominikańska.

Freitag abends 4 Uhr

Samstagvormittags 10 Uhr.

Handarbeiten

fertig gestickt oder vorgezeichnet aus eigenen Werkstätten empfehlenswert:

Tuchtischdecken

und Kissen

Läufer

Milleus

Kissen

in den verschiedensten Arten.

Neuhelme in Handarbeiten

für alle Wohnungselektriker

Sämtl. Stickmaterial

Stickseide

Stickgarne

Metallfäden

Größte Auswahl

Billigste Preise!

S. KAŁAMAJSKI

Kaufhäuser

Poznań Toruń

1 Sportwagen, wie neu,
1 Kinderschlitten-Schlitten zu
verkaufen. Wahr. Królowej
Jadwigi 3a links.

Der Weltmarkt

Organ für die Einkäufer

mit neuen Rubriken ab 1. April d. Js.

Auskunfts-Zentrale für den Osten

Leistungsfähige deutsche Lieferanten

für den Bedarf der Oststaaten

dient den Interessen des oststaatlichen

deutschen Handelsverkehrs.

Jahresbezugspreis 6 Dollar einschl. Porto.

Einzelne Probenummern kostenfrei durch

J. C. König & Ebhardt, Hannover.

Verlag: „Der Weltmarkt“.